

Medwedews Innovationen

Rahr, Alexander; Meister, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rahr, A., & Meister, S. (2008). *Medwedews Innovationen*. (DGAPaktuell, 2). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-367820>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Medwedews Innovationen

Alexander Rahr, Stefan Meister

Russlands neuer Präsident Dimitrij Medwedew wird sich in den ersten Monaten seiner Amtszeit intensiv mit der sozial-wirtschaftlichen Lage im Land befassen. Er möchte Russlands wirtschaftliche Abhängigkeiten vom Öl- und Gasexport verringern. Er plant die Wirtschaft auf den Ausbau innovativer Industrien auszurichten und über die Reformierung der Bereiche Forschung, Bildung und moderne Technologien Russland international wettbewerbsfähiger zu gestalten. Im Mittelpunkt seiner Strategie steht das Bemühen, Russland bis 2020 in die Top 5 der größten Volkswirtschaften zu befördern. Da die Energiepreise vermutlich auch in den nächsten Jahren weiter ansteigen werden, kann Russland über das notwendige Finanzkapital für den Innovationsschub verfügen. Bei seiner Amtseinführung am 7. Mai versprach Medwedew außerdem, sich um die Entwicklung des Mittelstandes und einer funktionierenden Bürgergesellschaft zu kümmern. Implementieren soll diese Politik der neue Premierminister Wladimir Putin.

Zwei Tage vor dem Machtwechsel im Kreml versuchte der Chef des neu geschaffenen Analyseentrums der russischen Regierung, Andrej Swerew, bei einem »Russland-Frühstück« in Berlin die künftige Wirtschaftspolitik des Medwedew-Putin-Tandems zu beleuchten.

Swerew betonte, dass die Phase der Regenerierung der russischen Wirtschaft nach den Krisen der 1990er Jahre abgeschlossen sei. Nun beginne die Phase der Wertschöpfung. Er stellte einen Fünf-Punkte-Plan der künftig von Putin geführten Regierung vor, wonach die Wirtschaftsmodernisierung bis zum Jahre 2020 bewerkstelligt sein werde (Konzept zur sozioökonomischen Entwicklung bis 2020). Als zentrale Herausforderungen der nationalen Strategie 2020 nannte er die Diversifizierung der Wirtschaft, den Aufbau einer modernen Logistik- und Telekommunikationsinfrastruktur sowie Investitionen in Humankapital.

Russland wird in seiner Wirtschaftsentwicklung jedoch weiter auf eine Mischform von staatlicher Regulierung und Privatwirtschaft zurückgreifen. Die Investorenrechte sollen gestärkt werden, andererseits verfügte die neu

gewählte Duma gerade, dass ausländische Investitionen in 42 spezifischen »strategischen« Wirtschaftszweigen nicht über 25 Prozent liegen dürften. Das bedeutet, dass ausländische Konzerne keine Mehrheitsaktien in Branchen wie Energie, aber auch nicht bei größeren Medien verfügen dürfen. Kernstück der Industrialisierung sollen weiterhin staatlich kontrollierte Holdings bleiben, obwohl nach Medwedews eigenen Worten »der Staatskapitalismus im 21. Jahrhundert kein effizientes Management sicherstellen könne«. Die russische Führung sieht die Holdings nicht im Widerspruch zur Förderung mittelständischer Unternehmen. So soll zum Beispiel die ebenfalls als Holding fungierende Entwicklungsbank Wneshekonombank gerade der Unterstützung eines russischen Mittelstandes dienen.

Fünf-Punkte-Plan

Entscheidend für den anvisierten Übergang von einer Rohstoffwirtschaft zu einem Staat mit entwickelter Hochtechnologie ist die Verbesserung des Bildungssystems, das den Bedürfnissen einer modernen Wirtschaft

angepasst werden muss. Russland fehlen seit Jahren insbesondere in technischen Bereichen Fachkräfte. In den 1990er Jahren wurden fast ausschließlich Juristen und Betriebswirtschaftler ausgebildet. Jetzt benötigt das Land dringend gute Ingenieure. Als wichtiger Innovator sollen künftig so genannte Technoparks dienen. Sie sollen der Forschung an der Schnittstelle zwischen Hochschule und Wissenschaft Impulse geben. In den Regionen ist der Aufbau moderner Bildungseinrichtungen noch dringlicher, was durch sogenannte föderale Hochschulkomplexe geschehen soll.

Zweitens muss Russland im internationalen Wirtschaftssystem wettbewerbsfähiger werden. Der Beitritt zur WTO könnte stimulierend wirken, insbesondere für die Bereiche Finanz- und Bankwesen. Damit verbunden wäre die Schaffung eines modernen Finanzwesens in Russland. Viertens muss Russland seine Staatsbürokratie radikal reformieren und auf eine Politik des »good governance« umstellen. Nur so kann die Korruption im Land bekämpft werden. Hoffnungen bestehen, dass der von Medwedew in jeder Rede angeprangerte »Rechtsnihilismus« durch den neuen Präsidenten schärfer bekämpft wird. Swerew gab jedoch zu bedenken, dass der fehlende Glaube an die Rechtsstaatlichkeit ein mentales Problem der gesamten russischen Bevölkerung sei. Schließlich möchte die russische Regierung die zweite Stufe der Steuerreform einleiten und über Steuer-senkungen einheimischen sowie ausländischen Investoren mehr Produktionsanreize geben.

Ausländische Investoren, die Medwedews Präsidentschaft aus wirtschaftspolitischen Interessen positiv betrachten, wären für eine Steuerreform schnell zu begeistern. Sie hoffen auf die versprochenen Steuerprivilegien bei Innovationsprojekten. Laut Swerew liegt das Kernproblem der Wirtschaft in der geringen Produktivität und mangelnder Innovationskraft. Steuerbegünstigungen, Technologieparks und nationale Großprojekte sollen Wirtschaft und Forschung stärker vernetzen. Nur über verbesserte Produktionsstätten und Bildungseinrichtungen gewinnt Russland Gewicht in der globalisierten Wirtschaft. Das

heutige Innovationspotenzial der russischen Wirtschaft beträgt nur 10 Prozent, vergleichsweise in Deutschland 50 Prozent. Momentan geben russische Firmen überdurchschnittliche 55 Prozent ihres Umsatzes für technologische Ausstattung aus, nur 0,5 Prozent für Weiterbildung und nur 0,3 Prozent für Marketing.

Im heutigen Russland herrscht größere Korruption als in den 1990er Jahren. Russlands Infrastruktur hinkt um 20 bis 30 Jahre hinterher, die Industrieanlagen stammen noch aus der Breshnew-Zeit. Russland war die letzten 20 Jahre ein Land der Händler und Rohstofflieferanten. Das viel zu schnell verdiente Geld ließ den Unternehmergeist einschlafen. Schafft es die



Andrej Swerew (rechts) und Dr. Klaus Mangold beim Russland-Frühstück zu Innovation in Russland

neue Regierung, eine richtige und ehrliche Diagnose eigener Wirtschaftsprobleme zu stellen? Das weitere Wachstum soll sich aus Innovationen speisen, nicht aus staatlich gelenkter Wirtschaftspolitik. Swerew betonte, dass sein Analysezentrum Ideen zur Diversifizierung der russischen Wirtschaft entwickelt. In den Regierungsprogrammen existieren relevante Bestandsaufnahmen, die die Probleme benennen. Deshalb ist jetzt die Umsetzung entscheidend.

Mit großer Spannung wird der personelle Aufbau der neuen Putin-Regierung erwartet. Je nachdem, wie die Schlüsselposten im Kabinett besetzt werden, können Beobachter sehr schnell feststellen, in welche Richtung sich Russland unter dem Tandem bewegen wird. Kann der so genannte »Reformflügel«, dem die gegenwärtigen Vizepremiers Alexej Kudrin, Alexander Shukow sowie Sergej Naryschkin angehören, künftig wieder stärker zur Geltung kommen? Oder wird sich letztendlich der starke Block der Geheimdienstoffiziere, die Putin in den Regierungsapparat transferieren möchte, als Stolperstein auf dem Weg zur Modernisierung erweisen?

Innovative Außenpolitik

Eine radikale Rückkehr zur Politik der Westintegration wie in den 1990er Jahren wird es nicht geben. Allerdings vermuten westliche Beobachter, dass sich im Stil und in der Atmosphäre der Beziehungen Russlands zum Westen Einiges positiv verändern könnten.

Aufschlussreich ist der Reiseplan des neuen Präsidenten: Medwedew führt seine erste Auslandsreise nach Kasachstan und von dort weiter nach China. Bekanntlich schmiedet Russland seit geraumer Zeit mit diesen beiden Ländern im Rahmen der »Schantai-Organisation für Zusammenarbeit« ein globales Bündnis. Medwedew will dem Westen demonstrieren, dass Russland, anders als in den 1990er Jahren, eine asiatische Entwicklungsalternative besitzt. Erst danach wird Medwedew nach Frankreich und Deutschland reisen – in die beiden russlandfreundlichsten EU-Länder.

Die Besuche in Paris und Berlin könnten vom aktuellen russisch-georgischen Konflikt in Bezug auf die abtrünnige Republik Abchasien überschattet werden. Neue militärische Scharmützel im Südkaukasus sind nicht ausgeschlossen. Allerdings ist unwahrscheinlich, dass der neue Präsident Medwedew sich durch ein überhartes Vorgehen in diesem lokalen Konflikt die Chance der Neuaufgabe einer weitreichenden Modernisierungspartnerschaft mit dem Westen verbauen will.